

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 27.10.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe Hagen e.V. an Hagener Schulen
7. . Sachstand Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen
Bericht der Verwaltung
8. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Förderungsende Sozialticket
Vorlage: 0925/2015
9. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Förderprogramm des Landes "Early Intervention NRW"
Vorlage: 0924/2015
10. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates
Umgang des Jobcenters mit Personen mit persönlichen Schwierigkeiten
Vorlage: 0949/2015
11. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates
Behaupteter Leistungsmissbrauch durch EU-Zuwanderer
Vorlage: 0950/2015



12. . Vorschlag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion
Hier: Eskalationskonzept zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
Vorlage: 0718/2015 **2. Lesung**

13. . Vorschlag der CDU-Fraktion
Hier: Jobcenter Junges Hagen: Junge Menschen sofort beschäftigen
Hier: Bildung eines Arbeitskreises
Vorlage: 0719/2015

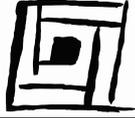
14. . Förderangebot des Landes "Entwicklung altengerechter Quartiere"
2. Lesung

15. . Eckpunkte für die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW
Hier: Bericht der vorläufigen Ergebnisse der ersten Konferenz "Alter und Pflege"

16. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0722/2015 – **2. Lesung**

17. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände
hier: Jahresberichte 2014
Vorlage: 0717/2015 – **2. Lesung**

18. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Ausschussmitglieder und die anwesenden Gäste zur heutigen Sitzung des Sozialausschusses.

Er stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet über den Stand verschiedener Förderungen, um die man sich in Kooperation mit den Verbänden bei Bund und Land bemühe.

Das Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ habe auch Hagen erreicht. Die gesetzliche Änderung durch den Bund sei mit Wirkung zum 01. November wirksam. Man befinde sich in dieser Woche in einer sogenannten Erprobungsphase, in der man bereits Meldungen über den Stand der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der Stadt abgeben müsse, damit diese registriert seien und auf die Quote angerechnet und die Kosten der Unterbringung durch das Land erstattet würden. Aktuell seien in Hagen 35 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Frau Kaufmann ergänzt dazu, dass die Mehrzahl der Jugendlichen aus Syrien käme. Die zweitgrößte Gruppe käme aus Afghanistan. Aus den Balkanländern seien ganz wenige Jugendliche in Hagen.

3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener erklärt, dass der Seniorenbeirat nach der letzten Sitzung des Sozialausschusses nicht getagt habe und er daher nichts Neues berichten könne.



4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

In der letzten Sitzung sei „Arbeiten mit Behinderung“ Schwerpunktthema gewesen. Man habe zwei Mitarbeiterinnen der Agentur für Arbeit zu Gast gehabt, die ihre Leistungen vorgestellt und dafür geworben hätten. Spannend sei am Beispiel der Schule gewesen, dass im Rahmen der Inklusion der Zugriff auf Menschen mit Behinderungen verloren gehe.

Weiterhin schildert er den Stand des Projektes „Hagen barrierefrei“.

Er berichtet von einer Veranstaltung, die in der letzten Woche in Form eines Runden Tisches gegen häusliche Gewalt stattgefunden habe. Fazit einer vorgestellten Studie sei gewesen, dass Menschen mit Behinderungen in einem deutlich höheren Maße Gewalt ausgesetzt seien. Es habe sich eine Gruppe gebildet, die weiter an dem Thema arbeite.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

6. . Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe Hagen e.V. an Hagener Schulen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Rau berichtet über die Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe an Hagener Schulen und stellt die finanzielle Situation der AIDS-Hilfe dar **(siehe Anlage zu TOP 6)**.

Frau Sauerwein erinnert daran, dass in einem früheren Gespräch fraktionsübergreifend die Meinung vertreten worden sei, dass die Leistungen, die die AIDS-Hilfe in Hagen erbringe, den Betrag in Höhe von insgesamt 10.000 € wert sei.

Sie fragt nach geschilderten Problemen an Schulen, die man mit „Pegida“ habe. Sie habe gelesen, dass man versuche, dass durch Elternabende aufzufangen. Wie habe sich das entwickelt?

Herr Rau nutzt die Gelegenheit, die Ausschussmitglieder zum nächsten Elternabend am 2. Dezember in die Stadtbücherei einzuladen. Angriffe sogenannter besorgter Bürger und Mitgliedern von „Pegida“ und anderen Beteiligten seien



kontraproduktiv und trügen in keinster Weise zu einer sicheren Situation bei. Man bemühe sich darum, mit den Menschen, die wirklich besorgt seien, ins Gespräch zu kommen.

Herr Hentschel drückt seine Hochachtung für die Arbeit der AIDS-Hilfe aus. Er könne die genannten Zahlen nachvollziehen und unterstütze das Anliegen der AIDS-Hilfe.

Frau Kaufmann berichtet von einem Workshop, der heute mit dem Kämmerer, den Dezernenten und allen Fachbereichsleitern stattgefunden habe. Ziel sei gewesen, Sparvorschläge zu erarbeiten. Sie wolle keiner politischen Diskussion vorgreifen, aber müsse leider die Erwartungen etwas dämpfen. Man sei leider gezwungen, auch auf kleinere Beträge zu schauen.

Herr Rau betont, dass der die personelle und finanzielle Not der Stadt Hagen sehe. Er weist darauf hin, dass es sich bei dem Betrag in Höhe von 7.000 €, den die Stadt trage, nicht um eine freiwillige Leistung handle, sondern um eine kommunale Pflichtaufgabe. Diese erfülle die AIDS-Hilfe für die Kommune.

Herr Hentschel möchte wissen, ob es eine Alternative gebe, falls die AIDS-Hilfe aus der Beratung aussteigen werde.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass es sich um eine Angelegenheit des Gesundheitsamtes handle. Er glaube nicht, dass man eine vernünftige Alternative zur AIDS-Hilfe habe. Dass die Stadt die Aufgabe selber übernehme, sei sicher nicht die Alternative. Sicher würden freie Träger diese Aufgabe übernehmen, wenn es sich für sie rechnen würde. Er glaube aber, dass die Aufgabenwahrnehmung durch die AIDS-Hilfe die richtig sei. Wenn man darüber eine Diskussion führen wolle, müsse man Vertreter des Gesundheitsamtes in den Sozialausschuss einladen.

Herr Hentschel bedankt sich bei Herrn Rau für den Bericht und wünscht weiterhin viel Erfolg für die Arbeit.

7. . Sachstand Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Gierke berichtet über den Sachstand der Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen.

In Hagen müsse man nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz aktuell 2254 Flüchtlinge aufnehmen. Tatsächlich habe man aber nur 2006 Flüchtlinge aufgenommen. Das hieße, dass man mit dem heutigen Tage mit 248 Personen im Soll liege. Daher erfülle man die Aufnahmequote aktuell nur mit 89 %. Täglich kämen ca. 10.000 Flüchtlinge pro Tag nach Deutschland, von denen



nach dem Königsteiner Schlüssel 2.000 Flüchtlinge nach NRW weitergeleitet würden. Hagen müsse nach einem entsprechenden Verteilerschlüssel ca. 1 % davon aufnehmen. Die Zahl verändere sich um weitere 20 Flüchtlinge täglich, die Hagen aufnehmen müsse. Hochgerechnet auf den Monat seien das 600 Personen. Dabei könne es zu Abweichungen kommen. In Bezug auf die Belegkapazitäten stünden aktuell noch ca. 200 Plätze in Übergangsheimen und Wohnungen zur Verfügung. 1200 Plätze seien in den Notunterkünften des Landes NRW belegt. Man sei unter anderem händeringend auf der Suche nach Unterkünften, in denen mehrere Hundert Menschen untergebracht werden könnten. Das gestalte sich derzeit sehr schwierig.

Er freue sich, mitteilen zu können, dass die ehrenamtliche Arbeit in den kommunalen Einrichtungen gut funktioniere. Es gebe auch nach wie vor eine große Spendenbereitschaft innerhalb der Stadt. Seit einigen Wochen gebe es auch ein Spendenkonto „Flüchtlingshilfe Hagen“, auf dem schon fast 20.000 € eingezahlt worden seien.

Frau Sauerwein fragt, ob man eine Übersicht über die unbegleiteten Frauen habe. Wie seien diese untergebracht?

Herr Gierke erklärt, dass sich die Unterbringung dieser Frauen unkompliziert gestalte. Bei den Zugewiesenen handele es sich um ein Drittel alleinstehende Männer, deren Unterbringung in Wohnungen in der Vergangenheit oft zu Problemen geführt hätte.

Frau Timm-Bergs bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Sie fragt, wieviel Quadratmeter für wie viele Personen vorgesehen seien?

Herr Gierke erklärt, dass man keine klare Quadratmeterzahl habe. Man versuche, einen wohnungsähnlichen Standard im unteren Bereich zu gewährleisten. Das Verfahren sei abhängig von vielen Faktoren.

Auf eine Frage von Frau Timm-Bergs nach der Betreuung der Flüchtlinge, erklärt Herr Gierke, dass man eine kontinuierliche Betreuung gewährleisten wolle. Es gebe Objektbetreuer, die teilweise durch Mitarbeiter von Wachdiensten ergänzt würden. Daneben gebe es auch mobile Objektbetreuer. Die sozialpädagogische Betreuung werde durch 4 Sozialarbeiter gewährleistet. Es sei sehr wichtig, hier auch frühzeitig die integrativen Maßnahmen einzuleiten.

Herr Ostermann möchte wissen, ob schon einmal versucht worden sei, aus dem Kreis der Flüchtlinge Menschen mit bestimmten Qualifikationen wie z.B. Lehrer dafür zu gewinnen, niederschwellig in der Flüchtlingsgemeinschaft selbst tätig zu sein.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das ein sehr guter Hinweis sei. Man habe ähnliche Ideen entwickelt. Er müsse zugeben, dass man noch nicht so weit sei, weil in der Prioritätenbearbeitung immer zuerst die Unterbringung dieser Menschen stehe. Klar sei, dass man an dem Punkt nicht stehenbleiben könne. Eine Fragestellung müsse sein, wie man diese Menschen beschäftigen könne. Es gebe verschiedene Ansätze, die man zusammenführen müsse. Man habe an



dem Runden Tisch eine Gruppe, die sich mit dem Thema „Beschäftigung“ auseinandersetze. Man müsse sich überlegen, wie man es schaffe, die Menschen, die dauerhaft hier blieben, zu integrieren.
Er bedankt sich für den Hinweis.

**8. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Förderungsende Sozialticket
Vorlage: 0925/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Jochheim erläutert die Anfrage ihrer Fraktion.

Eine Stellungnahme der Verwaltung ist als Tischvorlage ausgelegt (**siehe Anlage zu TOP 8**).

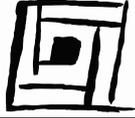
Frau Küper berichtet, dass sie in dem Zusammenhang mit den Vertretern der Hagerer Straßenbahn gesprochen habe. Diese sei hocherfreut, da die geplante Entwicklung nur bei 6 % gelegen habe. Derzeit liege man fast bei 11,4 %. Das bedeute, dass das Sozialticket sehr gut angenommen werde. Eine Erhebung bezüglich der Nutzung durch Asylbewerber könne leider nicht erfolgen, weil Gründe des Datenschutzes entgegenstünden. Es habe nie eine Förderungsbegrenzung und damit ein Förderungsende gegeben. Solange es für die Hagerer Straßenbahn auskömmlich sei, laufe die Aktion immer weiter.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die Verwaltung keine eigenen Statistiken habe und daher nur die Möglichkeit habe, bei der Hagerer Straßenbahn nachzufragen. Es sei seinerzeit beschlossen worden, dass man das Sozialticket wolle, wenn es für die Stadt kostenneutral sei und aus diesem Grund abgelehnt, dass die Verwaltungsarbeiten bei der Stadt ausgeführt würden. Daher müsse man akzeptieren, wenn keine Aussage darüber getroffen werden könne, welcher Personenkreis das Sozialticket in Anspruch nehme.
In Bezug auf die Flüchtlinge könne man jedoch unverbindlich die Aussage treffen, dass diese zu ca. 70 % das Sozialticket nutzten.
Es bestehe die Möglichkeit, dass der Sozialausschuss darauf hinwirke, die Regelungen des Sozialtickets fortzuführen.

Herr Ostermann beschreibt die Probleme, die es seines Erachtens im Zusammenhang mit dem Sozialticket gebe. Seine Fraktion wünsche sich die Fortsetzung des Sozialtickets, die Aufstockung der Regelsätze und eine Ausweitung über die Preisstufe A hinaus.

Frau Kaufmann merkt dazu an, dass die politische Vertretung seiner Fraktion auch in Düsseldorf sitze.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass seine Fraktion und auch andere Fraktio-



nen lieber ein anderes Sozialticket gehabt hätten. Das sei leider politisch nicht durchsetzbar gewesen.

Frau Jochheim möchte den Vorschlag von Herrn Goldbach aufgreifen, dass man auf eine Fortsetzung des Sozialtickets hinwirke.

Herr Hentschel fragt, ob ein entsprechender Beschluss dahingehend formuliert werden solle.

Einige Ausschussmitglieder weisen darauf hin, dass es sich um eine Anfrage handele, bei der eine Beschlussfassung nicht vorgesehen sei.

Herr Goldbach schlägt vor, wenn der Wunsch nach einer Meinungsäußerung dazu bestehe, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu setzen. Die Verwaltung werde bis dahin die Adressaten ermitteln und für die nächste Sitzung bei einer entsprechenden Beschlussfassung einen Brief zur Unterschrift für den Vorsitzenden vorbereiten, der dieses Anliegen zum Inhalt habe.

Frau Jochheim ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Herr Hentschel schlägt vor, in der nächsten Sitzung eine grundsätzliche Klärung darüber herbeizuführen, wie man zukünftig mit derartigen Situationen umgehen wolle, wenn es Zweifel an der Auslegung der Geschäftsordnung gebe. Die Vereinbarungen müssten dann allerdings für alle gelten.

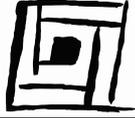
**9. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Förderprogramm des Landes "Early Intervention NRW"
Vorlage: 0924/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Jochheim erläutert die Anfrage ihrer Fraktion.

Herr Goldbach nimmt dazu Stellung (siehe Stellungnahme).

Er weist darauf hin, dass dieses Programm durch die Agentur für Arbeit ausgeschrieben werde und es einen überraschend einfachen Förderzugang gebe. Neben den Wohlfahrtsverbänden seien es auch viele andere Träger, die sich daran beteiligten. Bei einer solchen Form der Ausschreibung habe das zur Folge, dass sich auch Träger beteiligten, die sich noch nie auf diesem Feld betätigt hätten. Das Programm werde in Hagen auf jeden Fall genutzt. Die abschließenden Zahlen könnten nach Abschluss der Maßnahme bei der Agentur für Arbeit erfragt werden.



**10. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates
Umgang des Jobcenters mit Personen mit persönlichen Schwierigkeiten
Vorlage: 0949/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel bittet zu entschuldigen, dass bei dem Tagesordnungspunkt der Antragsteller nicht genannt ist. Das sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewesen.

Herr Ostermann erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er beschreibt hierzu einige Beispiele.

Herr Goldbach macht deutlich, dass man hier eine vermischte Diskussion habe zwischen rechtlichen Grundlagen auf der einen Seite und individuellen Erfahrungen auf der anderen Seite. Rechtliche Grundlage sei das SGB I, das keine Individualansprüche beinhalte und sich auf alle Teile der Sozialgesetzgebung beziehe.

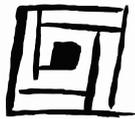
Man werde in allen Leistungsbereichen Situationen haben, in denen Mitarbeiter in einer bestimmten Situation vielleicht auch einmal nicht richtig reagierten. Ein System dahinter zu vermuten, dass Leistungen verwehrt würden, weise er für die Mitarbeiter des Fachbereiches und des Jobcenters ganz entschieden zurück. Die Kolleginnen und Kollegen, die in dieser teilweise schwierigen Beratungsarbeit seien, machten einen wirklich guten Job. Er wehre sich gegen diese Unterstellungen, die in diesem Antrag enthalten seien.

Herr Fiedler bedankt sich bei Herrn Goldbach für seine Stellungnahme. Er habe dem nichts hinzuzufügen.

Herr Hentschel stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung legt in Kooperation mit dem Jobcenter Hagen in einem Bericht dar, wie in der Klientenbetreuung des Jobcenters Hagen die Vorgaben des SGB I hinsichtlich der Hilfsangebote für solche Personen umgesetzt werden, die offensichtlich persönliche Schwierigkeiten (Suchtprobleme, familiäre und Beziehungsprobleme, Probleme psychischer Art, Überforderung beim Umgang mit Behörden, Sprachschwierigkeiten, Analphabetismus.....) haben.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		4	1
CDU		5	
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv			1
FDP		1	
Die Linke			2
AfD			

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 2
 Dagegen: 10
 Enthaltungen: 4

**11. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates
 Behaupteter Leistungsmissbrauch durch EU-Zuwanderer
 Vorlage: 0950/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel bittet um eine kurze Pause, da seine Fraktion zu diesem Punkt noch Informationsbedarf habe und diese Informationen abgefragt werden sollten.

Nach kurzer Diskussion wird entschieden, die Sitzung ohne Unterbrechung weiterzuführen.

Herr Ostermann erläutert den Antrag seiner Fraktion und bezieht Stellung zu der vorliegenden Stellungnahme des Jobcenters. Wenn man darlege, aus ermittlungstaktischen Gründen hierzu keine Aussage treffen zu können, sollte wenigstens gesagt werden, in welchen Fällen die Staatsanwaltschaft einge-



schaltet worden sei und in wie vielen Fällen ordnungsrechtliche Maßnahmen eingeleitet worden seien.

Herr Fiedler nimmt dazu Stellung, dass er dazu keine Zahlen nennen könne. Erst am Ende des Verfahrens könne eine Aussage darüber getroffen werden, wie viele Fälle betroffen seien. Er habe den Antragsteller so verstanden, dass er einen systematischen Leistungsmissbrauch dadurch ausschließe, dass es sich um Einzelfälle handele. Wenn man sich den Begriff „Systematik“ anschau, komme man zu dem Ergebnis, dass es unerheblich sei, ob es ein Einzelfall sei oder ob es mehrere Fälle seien.

Auf Frage von Frau Kaufmann teilt Herr Ostermann mit, dass sich der gesamte Fragenkomplex ausschließlich auf Binnenmigration aus EU-Ländern beziehe.

Frau Sauerwein erklärt, auch sie habe zu dem Antrag ergänzen wollen, dass sich die Fragen auf EU-Zuwanderer beschränke. Sie regt an, Frau Bauernfeind von der Beratungsstelle einmal in den Sozialausschuss einzuladen oder alternativ das Gespräch mit ihr zu suchen.

Herr Fiedler weist darauf hin, dass sich die Antwort zu Punkt 9 auf alle Leistungsbezieher beziehe. Die Zahlen bezogen auf EU-Bürger könne er nachliefern.

Nachgereichte Zahlen des Jobcenters zu Punkt 9:

„Aktuell gehen ca. 620 leistungsberechtigte Personen aus dem EU-Ausland in ca. 600 Bedarfsgemeinschaften (mit insgesamt ca. 1.950 leistungsberechtigten Mitgliedern) einer geringfügigen Beschäftigung nach.“

12. . **Vorschlag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion**
Hier: Eskalationskonzept zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
2. Lesung
Vorlage: 0718/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Sauerwein regt im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der im Antrag der CDU-Fraktion genannten Maßnahmen an, Gespräche mit dem Zoll zu führen, der für Überprüfungen zuständig sei. Sie wisse aus anderen Kommunen von guten Beispielen einer Zusammenarbeit von Zollamt und Ordnungsamt. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Schwarzarbeit solle die Überprüfung des Mindestlohnes Bestandteil eines solchen Antrages sein. Sie plädiere dafür, die Anträge von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion getrennt voneinander zu behandeln. Aus dem SPD-Antrag würde sie den Vorschlag



einbeziehen, eine Arbeitsgruppe aus SIHK, DGB, Bundesagentur für Arbeit und Zollamt zu bilden, um das Thema gemeinsam zu bearbeiten.

Frau Kaufmann schlägt vor, dass Herr Sporkert als Leiter der Ordnungsbehörde dazu Stellung nimmt. Die Schwierigkeit der Umsetzung liege in der bestehenden Personalsituation.

Herr Sporkert betont, dass man sich als Ordnungsbehörde nicht mit dem Leistungsmissbrauch beschäftige. Das sei nicht ihre Aufgabe. Natürlich versuche man auch, mit dem Zoll und anderen Institutionen zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit werde durch datenrechtliche Bestimmungen erschwert. Er sei der Meinung, dass die Zusammenarbeit der Institutionen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe nicht funktionieren würde.

Auf Bitte von Frau Kaufmann beschreibt Herr Sporkert, wie die Ordnungsbehörde in der Stadt Iserlohn vorgeht.

Herr Stricker ist die Meinung, dass sich durch die Anträge der beiden Fraktionen etwas bewegt habe. Man habe Dinge erfahren, von denen man vorher nichts gewusst habe. Die Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen sei nicht möglich und man müsse sich jetzt überlegen, wie man weiter vorgehen wolle.

Herr Goldbach erinnert an die geführte Diskussion zu dem Thema, die im Rat geführt worden sei. An der Stelle sei ein Antrag mit einem zweiten Antrag kombiniert worden. Scheinbar habe man es mit den zwei Themen Schwarzarbeit und Sozialmissbrauch zu tun gehabt. Es sei ein Problem, eine Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden erfolgreich zu gestalten, weil jedes System sein eigenes Kontrollsystem habe.

Er habe aus der Diskussion in der letzten Sitzung mitgenommen, dass es darum gehe, organisierte Schlepperbanden zu bekämpfen, deren Opfer die Beziehher von Leistungen seien. Hier müsse diese Stadt ein Zeichen setzen.

Herrn Sporkert und Herrn Fiedler präsentieren die aufgelegten Folien jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Herr Ostermann äußert sich kritisch zu den dargestellten Inhalten der Folien. Er schlägt vor, darüber abstimmen zu lassen, das in der nächsten Sitzung richtig zu stellen.

Herr Goldbach schlägt vor, das jetzt klar zu stellen. Er erläutert die vorgestellten Fragestellungen. Alle berechtigten Ansprüche würden befriedigt. Man wolle in Hagen keine leichteren Zugangsregelungen zu Sozialsystemen eröffnen, als sie im regionalen Umfeld vorhanden seien. Das werde bei denen, die als Schlepper aktiv seien, genau registriert. Der preiswerte Wohnraum in Hagen mache diese Stadt für Zuwanderung attraktiv. Er habe die Initiative im Rat und hier im Ausschuss so verstanden, dass es darum gehe, heute zu berichten, was die Verwaltung an dieser Stelle mache. Er sehe daher in der heutigen Sitzung keinen weiteren Beschlussbedarf.



Er schlage vor, diese Kooperation in den nächsten Monaten weiter erproben und über die Ergebnisse nach den Sommerferien 2016 zu berichten.

Frau Kaufmann betont, dass der Rat den Auftrag erteilt habe und man diesen Auftrag abarbeite. Man nutze die zur Verfügung stehenden Mittel, um einen Anstieg der Zahlen zu verhindern. Es könne nicht sein, dass man auf der einen Seite eine Abwanderung von Menschen habe, die sozialversicherungspflichtig tätig seien und auf der anderen Seite eine Zuwanderung in die Sozialsysteme habe. Man sei daher dankbar, dass der rasante Anstieg mittlerweile teilweise gestoppt sei. Hagen sei eine der wenigen Städte, die das Problem in dieser Form zu bewältigen habe. Man wolle attraktiv sein für Menschen, die hier arbeiten wollten.

Herr Fiedler erläutert die dargestellten Zahlen, die von Herrn Ostermann so nicht nachvollzogen werden konnten.

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass die Opfer der Schlepperbanden sich in einer sehr prekären Situation befänden. Man müsse sich bemühen, die dahinterliegenden Strukturen aufzudecken, damit nicht die ohnehin ausgebeuteten Menschen noch bestraft würden.

Herr Ostermann macht nochmals seinen abweichenden Standpunkt bezüglich beider Problemkreise deutlich. Er sieht in den Kindern der Zuwanderer eine Chance für Hagen, die man nutzen müsse.

Herr Stricker beantragt, über den Vorschlag von Herrn Goldbach abstimmen zu lassen.

Herr Hentschel lässt über den gemachten Vorschlag von Herrn Goldbach abstimmen.

Beschluss:

Herr Hentschel stellt den Vorschlag von Herrn Goldbach zur Abstimmung, die vorgestellten Kooperationen weiter zu erproben und die Ergebnisse nach der Sommerpause 2016 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		1
AfD			



Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

13. . Vorschlag der CDU-Fraktion

Hier: Jobcenter Junges Hagen: Junge Menschen sofort beschäftigen

Hier: Bildung eines Arbeitskreises

Vorlage: 0719/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Sondermeyer stellt den Antrag auf eine kurze Unterbrechung der Sitzung aus gesundheitlichen Gründen.

Frau Helling-Plahr gibt zu bedenken, dass die Anwesenheit der Ausschussmitglieder die Stadt Hagen Geld koste. Das bitte sie im Rahmen der geführten Spardiskussion zu berücksichtigen.

Herr Hentschel lässt über den Antrag von Herrn Sondermeyer abstimmen:

SPD-Fraktion: 5 Stimmen dafür

CDU-Fraktion: 5 Stimmen dagegen

Bündnis 90 / Die Grünen: 2 Stimmen dafür

Fraktion Hagen Aktiv: 1 Stimme dafür

FDP- Fraktion: 1 Stimme dagegen

Fraktion Die Linke: 2 Stimmen dafür

Insg.: 10 Stimmen dafür
 6 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

Die Mehrheit der Anwesenden spricht sich für eine kurze Unterbrechung aus.

Herr Hentschel geht weiter zu Punkt 13 der Tagesordnung.



Herr Fiedler nimmt Bezug auf die Präsentation des Geschäftsführers des Jobcenters Mannheim Herrn Burg in der letzten Sitzung des Sozialausschusses. Er habe den Auftrag aus dieser Sitzung mitgenommen, noch einmal mit Herrn Burg Kontakt aufzunehmen und dem Ausschuss vorzustellen, was beim Jobcenter in Hagen bereits in der dargestellten Weise gehandhabt würde, was noch umgesetzt werden könne und welche finanziellen Auswirkungen das habe. Leider habe man von Herrn Burg bis jetzt noch keine Antwort bekommen. Er halte das Angebot aufrecht.

Herr Hentschel bittet die Vertreter der CDU-Fraktion, Herrn Böhm darauf anzusprechen, da dieser ja in Kontakt mit Herrn Burg stehe.

Frau Cramer teilt mit, dass Herr Böhm an dem Arbeitskreis teilnehmen wolle. Sie werde Herrn Böhm bitten, mit Herrn Burg Kontakt aufzunehmen.

Herr Stricker befürwortet die Einrichtung eines Arbeitskreises, weil er zu der Umsetzung des Themas unterstützend tätig sein könnte.

Herr Goldbach schlägt vor, bei der Bildung des Arbeitskreises zu dem Projekt die Vorgabe zu machen, dass dieser maximal 3 Mal tagen solle. Anschließend könnten die Ergebnisse dann verwaltungsseitig weiter bearbeitet werden.

Herr Ostermann unterstützt den Vorschlag von Herrn Goldbach, weil man sonst auf Kollisionskurs mit dem zukünftigen Beirat des Jobcenters komme, die inhaltlich sehr ähnliche Aufgaben habe.

Die Fraktionen benennen die Mitglieder des Arbeitskreises.

Beschluss:

1. Der Arbeitskreis zum Projekt „Jobcenter Junges Hagen – Junge Menschen sofort beschäftigen“ soll maximal drei Mal tagen.

2. Als Mitglieder des Arbeitskreises werden benannt:

SPD-Fraktion:	Günter Stricker
CDU-Fraktion:	Alexander Böhm
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:	Karl- Ludwig Ostermann
Fraktion Die Linke:	Ralf Sondermeyer
Fraktion Hagen Aktiv:	wird nachgeliefert
FDP-Fraktion:	wird nachgeliefert



Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Anmerkung der Schriftführerin:

Nachträglich wurde von der Fraktion Hagen Aktiv Herr Klemens Müller benannt.

**14. . Förderangebot des Landes "Entwicklung altengerechter Quartiere"
2. Lesung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erinnert daran, dass das Thema im Sozialausschuss eingebracht worden sei und man daher darauf habe zurückkommen wollen. Es habe noch eine Diskussionsebene mit den Wohlfahrtsverbänden gegeben, in der man sich darüber Gedanken gemacht habe, ob es eine Finanzierungsmöglichkeit für das Projekt gebe, das über einen Zeitraum von drei Jahren laufe. Der zu deckende kommunale Anteil betrage 30.000 € pro Jahr. Dieser hätte auch durch Drittmittel abgedeckt werden können. Die Kommune sehe keine Möglichkeit, den Gesamtbetrag in Höhe von 90.000 € aufzubringen. Die Verbände hätten auch keine Finanzierungsmöglichkeit gesehen. Er bedaure daher, mitteilen zu müssen, dass man keine Möglichkeit der Beteiligung an diesem Förderprogramm sehe.

**15. . Eckpunkte für die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW
Hier: Bericht der vorläufigen Ergebnisse der ersten Konferenz "Alter und Pflege"**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiß stellt die vorläufigen Ergebnisse aus der ersten Konferenz „Alter und Pflege“ vor.

Frau Kaufmann bedankt sich bei Frau Gleiß für die gute Vorbereitung und den Bericht hier im Ausschuss. Es seien Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern gegründet worden. Man werde sich zur zweiten Konferenz im Frühjahr des nächsten Jahres treffen. Der Sozialausschuss werde auf dem Laufenden gehalten. Sie halte das für eine wichtige Arbeit, die hier getan würde. Es sei bedauerlich, dass man an dem Projekt „Altengerechten Quartiere“ nicht



teilnehmen könne, aber man sei froh über die vorgestellte Alternative, dass Herr Wirth in Zusammenarbeit mit Studenten der Fachhochschule Dortmund ein Projekt in Hagen durchführen wolle.

**16. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0722/2015 – 2. Lesung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Ostermann schlägt vor, die beiden nächsten Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in die nächste Sitzung des Sozialausschusses zu verschieben.

Die Schriftführerin Frau Hogrebe erinnert daran, dass man vereinbart habe, die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses kurz zu halten, weil diese am 01. Dezember erst um 17.00 Uhr beginne und es daher vielleicht günstiger sei, die Punkte in der heutigen Sitzung zu beraten.

Herr Ostermann zieht seinen Antrag zurück.

Herr Goldbach stellt den Geschäftsbericht schwerpunktmäßig vor.

Er beantwortet eine Frage von Herrn Hentschel nach den Gründen einer massiven Steigerung der Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung im Jahr 2014.

Herr Ostermann stellt fest, dass die beiden Berichte ein umfangreiches Material beinhalteten, für das er der Verwaltung und den Verbänden herzlich danke. Dennoch sehe er das als nicht ausreichend an.

Er rege daher dringend an, als weiteren Bericht einen Sozial- und Leistungsbericht des Jobcenters vorzulegen.

Weiterhin nimmt er Bezug auf den Bericht des Gemeindeprüfungsamtes, bei dem der Fachbereich nur positiv bewertet worden sei. Es stelle sich aber dennoch für ihn die Frage, ob in dem Bereich nicht zu viel strukturell abgebaut worden sei.

Frau Kaufmann betont, dass man sich dessen bewusst sei. Nichtsdestotrotz müsse weiter konsolidiert werden, sonst sei es möglich, dass im nächsten Jahr ein Sparkommissar Entscheidungen dieser Art treffe. Für das relativ schwache soziale Gefüge, das es in Hagen gebe, stehe die Stadt außerordentlich gut da. Das sei der ausgezeichneten Arbeit von Verwaltung, Verbänden und des großen ehrenamtlichen Engagements vieler Ehrenamtlicher zu verdanken. Aufgrund der finanziellen Situation dieser Stadt seien nach oben keine Erweiterungsmöglichkeiten vorhanden. Ziel müsse sein, diese Stadt noch attraktiver zu gestalten.

Frau Sauerwein spricht die starke Belastung der Mitarbeiter in allen Bereichen an.



Es sei auffällig, dass die personelle Situation sehr angespannt sei. Sie bitte, ein wachsames Auge darauf zu haben, dass die Mitarbeiter keinen gesundheitlichen Schaden nähmen.

Herr Hentschel fragt nach den Gründen für die eklatante Steigerung der Kosten für Inobhutnahmen im Jahr 2014.

Herr Goldbach sagt zu, die Beantwortung dieser Frage nachzureichen.

Nachgereichte Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahr 2014 mussten 9 Kinder einer Familie in Obhut genommen werden (geistige Behinderung der Kinder). Die entstandenen Kosten wurden inzwischen nach längeren Verhandlungen in diesem Jahr zum größten Teil vom Landschaftsverband erstattet.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2014 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

17. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände hier: Jahresberichte 2014 - 2. Lesung Vorlage: 0717/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet, dass man nach wie vor Verträge mit den Trägern über die Aufgabenwahrnehmung zu verschiedenen Feldern habe. Dieses Instrument der Berichterstattung sei auch die Legitimation und gleichzeitig Steuerungskompetenz dieses Ausschusses. Es bestehe daher die Möglichkeit, Fragen nach bestimmten Arbeitsfeldern zu stellen.

Herr Ostermann weist darauf hin, dass gewisse Dinge von den Verbänden in diesem Bericht deutlich angesprochen würden. Er zitiert aus dem Bericht. Es werde anhand dieser Aussagen deutlich, dass diese die Situation in der Tendenz als kaum mehr beherrschbar einschätzten.



Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

18. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Sondermeyer weist darauf hin, dass in der Geschäftsordnung des Rates geregelt sei, dass auch in den Ausschüssen alle Sitzungen barrierefrei durchzuführen seien.

Er fragt, ob man in den Ausschüssen bekannt geben könne, dass das auch Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen beinhalte. Er schlage vor, entsprechende Schulungen in den Ausschüssen anzubieten.

Eine weitere Anfrage beziehe sich auf das Rote Kreuz, dass als Träger von Flüchtlingsheimen und Notunterkünften fungiere. Es gebe in der letzten Zeit massive Beschwerden über die Abschottung dieser Unterkünfte gegenüber ehrenamtlichen Organisationen. Er habe gehört, dass geführte Gespräche nicht zum Erfolg geführt hätten. Er fragt nach den Gründen, die diesem Verhalten zugrunde lägen.

Herr Gierke berichtet, dass es eine Vorgabe des Landes bei Einrichtung der Notunterkünfte gegeben habe, dass diese sich komplett abschotten sollten. Mittlerweile hätte sich das etwas gelockert. Ihm sei bekannt, dass die ehrenamtlichen Vertreter damit nicht ganz zufrieden seien. Aus diesem Grund habe es auf Initiative der Stadt Hagen hin ein Gespräch unter Beteiligung des zuständigen Dezernenten der Bezirksregierung, des Roten Kreuzes, der Johanniter und Vertretern des Ehrenamtes gegeben. Man sei sich in seinen Vorstellungen schon deutlich näher gekommen. Die Gespräche sollten fortgeführt werden.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.15 Uhr

gez. Ingo Hentschel
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin